

Fraktion Freie Wähler Kempen, Maria-Beatrix-Str. 23a, 47906 Kempen

Stadt Kempen
Herrn Bürgermeister
Christoph Dellmans
Buttermarkt 1
47906 Kempen

Fraktionsvorsitzender
Arbi Davood Megerdich
Maria-Beatrix-Str. 23a
47906 Kempen
Mobil: 0151-14081981
Mail: arbi.davood@fw-kempen.de

Kempen, den 02.04.2026

Schriftliche Anfrage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

vor dem Hintergrund der angekündigten Schließung der Geburtshilfe im Hospital zum Heiligen Geist zum 30. Juni dieses Jahres bitten die Freien Wähler um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Versorgungssicherheit

- Welche Kapazitäten bestehen in umliegenden Krankenhäusern (insbesondere Viersen)?
- Ist mit Versorgungsengpässen zu rechnen?

2. Auswirkungen auf Familien und werdende Eltern

- Gibt es Planungen zur Unterstützung werdender Eltern in dieser Übergangsphase?
- Wie wird mit bereits schwangeren Frauen umgegangen, die sich bewusst für eine Geburt in Kempen entschieden haben?
- Hat die Schließung direkte Auswirkungen auf die Vorsorge- und Nachsorgestrukturen für Schwangere und junge Familien?
- Wie bewertet die Verwaltung die bereits bestehende schwierige Situation bei der Suche nach Hebammen für Vor- und Nachsorge, und ist mit einer weiteren Verschärfung zu rechnen?

3. Kommunale Einflussmöglichkeiten

- Welche Gespräche wurden seitens der Stadt mit dem Träger Artemed geführt und mit welchem Ergebnis?
- Welche rechtlichen oder politischen Möglichkeiten bestehen, auf die Entscheidung Einfluss zu nehmen?
- Wurden Fördermittel (z. B. Landesmittel) an Bedingungen geknüpft, die hier relevant sein könnten?

4. Wirtschaftliche und strukturelle Folgen

- Welche Auswirkungen hat die Schließung auf den Krankenhausstandort insgesamt?
- Ist mittel- bis langfristig eine weitere Reduzierung medizinischer Leistungen zu befürchten?

5. Situation der Hebammen und Mitarbeitenden

- Welche Unterstützungsmöglichkeiten sieht die Stadt für die betroffenen Hebammen und Beschäftigten?
- Gibt es Ansätze, freiberufliche Hebammenstrukturen in Kempen zu stärken oder auszubauen?

6. Transparenz und Kommunikation

- Wie bewertet die Verwaltung die Kommunikation des Trägers gegenüber den Beschäftigten und der Öffentlichkeit? Wann wurde der Bürgermeister informiert und welche Schritte wurden unternommen?
- Welche Maßnahmen sind geplant, um die Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren?

7. Übergangslösung / Verlängerung

- Besteht die Möglichkeit, den Schließungszeitpunkt über den 30. Juni hinaus zu verschieben?
- Können bereits betreute Schwangere ihre Geburt noch planmäßig in Kempen durchführen?
- Wurden hierzu bereits Gespräche mit Träger, Kreis, Aufsichtsbehörden oder dem Land NRW geführt?

Begründung

Die angekündigte Schließung der Geburtshilfe im Hospital zum Heiligen Geist stellt einen tiefgreifenden Einschnitt in die gesundheitliche Versorgung der Stadt Kempen und der umliegenden Region dar. Geburtshilfe ist nicht nur ein medizinisches Angebot, sondern ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, der eng mit Fragen der Sicherheit, Erreichbarkeit und individuellen Betreuung verbunden ist.

Die Bündelung von Leistungen an anderen Standorten mag aus Sicht des Trägers medizinisch begründet werden, führt jedoch vor Ort zu erheblichen Unsicherheiten. Insbesondere stellt sich die Frage, ob die umliegenden Krankenhäuser die zusätzlichen Geburten tatsächlich ohne Qualitätsverlust

aufnehmen können. Längere Anfahrtswege können im Ernstfall gesundheitliche Risiken erhöhen und stellen insbesondere für Familien ohne eigenes Fahrzeug oder mit besonderen Risikokonstellationen eine zusätzliche Belastung dar.

Darüber hinaus betrifft die Entscheidung in besonderem Maße bereits schwangere Frauen, die sich bewusst für eine Geburt in Kempen entschieden haben und sich nun kurzfristig neu orientieren müssen. Dies führt nicht nur zu organisatorischen Problemen, sondern auch zu emotionaler Verunsicherung in einer ohnehin sensiblen Lebensphase.

Auch die Art und Weise der Kommunikation sowie die Einbindung der kommunalen Ebene werfen Fragen auf. Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende, transparente und faktenbasierte Aufklärung durch die Verwaltung erforderlich, um die Auswirkungen dieser Entscheidung vollständig bewerten zu können und eine fundierte politische Diskussion zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Arbi Davood Megerdich
Fraktionsvorsitzender